

Umwelt Donnerstag, 31. August 2017 von Stefan Melichar

Glyphosat-Zulassung: "Es ist wissenschaftlicher Betrug"

Global-2000-Chemiker Helmut Burtscher über das umstrittenste Pestizid der Welt

Seit mehreren Jahren tobt der Streit um eine Neuzulassung von Glyphosat in der EU. Trotz großer Bedenken und einer Einstufung durch die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ halten die EU-Gremien das Pestizid für sicher. Noch heuer könnte eine Entscheidung fallen. Dabei geht es um Milliarden – und um die Gesundheit.

In Ihrem Buch „Die Akte Glyphosat“ (Verlag Kremayr & Scheriau) erheben Sie schwere Vorwürfe. Was sind denn – aus Ihrer Sicht – die zentralen Punkte?

Der Industrie werfe ich vor, dass sie ihre Daten, die sie geheim hält, nicht entsprechend den Vorgaben von OECD und EU auswertet und dadurch statistisch signifikante Krebsbefunde verdeckt. Ob das eine Verschleierung ist, hängt davon ab, ob es absichtlich gemacht wurde. Aber es ist sehr auffällig, dass die Auswertungen fast ausschließlich in einer solchen Art und Weise unkorrekt waren, dass signifikante Befunde dann eben als nicht signifikant dargestellt wurden. Der Behörde werfe ich vor, dass sie die fehlerhaften Auswertungen nicht überprüft sondern einfach übernommen hat. Und der Politik werfe ich vor, dass sie ein System geschaffen hat und toleriert, das genau das bedingt: Dass eben Studien geheim gehalten werden und es dadurch möglich ist, über Jahrzehnte hinweg faule, falsch ausgewertete Studien im Umlauf zu halten, die immer wieder als Beweis dafür herangezogen werden, dass ein Stoff ungefährlich ist.

Was hat Sie am meisten überrascht?

Am meisten hat mich die Dreistigkeit des deutschen Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR; erstellte im laufenden EU-Zulassungsverfahren die grundlegende Analyse, Anm.) überrascht, nachdem die IARC (die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation der WHO, Anm.) Glyphosat 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hatte. Das BfR streut seit zwei Jahren das Märchen, es hätte das Krebsrisiko von Glyphosat aufgrund jener Menge kalkuliert, der die Menschen ausgesetzt sind. Und unter diesen Bedingungen gebe es kein Risiko. Die IARC dagegen hätte einfach die abstrakte Krebsgefahr bewertet. Der EU-Gesetzgeber hat aber 2009 ein Gesetz beschlossen, dem zufolge es keine Zulassung eines Pestizids gibt, wenn es per se krebserregende Eigenschaften hat.

Was schließen Sie – aus Ihren Erfahrungen beim Thema Glyphosat heraus – denn in Bezug auf die Zulassung anderer Pestizide oder problematischer Chemikalien?

Die WHO-Krebsforschungsagentur hat 2015 nicht nur Glyphosat, sondern vier weitere Pestizide, bei denen ein Verdacht auf Karzinogenität bestand, überprüft. Drei, die sie als „wahrscheinlich“ bzw. „möglicherweise“ krebserregend eingestuft hat, waren davor von EU-Behörden und internationalen Gremien wiederholt als unbedenklich eingestuft worden, darunter auch das in Österreich immer noch zugelassene Insektizid Malathion. Das hat also System. Tatsache ist, dass die Behörde bei Glyphosat geschrieben hat, sie habe auf die Angaben in den Studien der Industrie vertraut. Sie musste also zugeben, dass sie nicht überprüft hatte, ob die Krebsstudien mit Tieren von den Glyphosat-Herstellern auch gemäß den OECD und EU-Vorschriften ausgewertet wurden. Ich kann es gar nicht glauben, dass die Behörde so unbedarf und gutgläubig ist. Zumindest bei den zentralen Studien sollte sie schauen, ob die Auswertung passt.

Warum ist gerade Glyphosat aus Ihrer Sicht so problematisch?

Dadurch, dass Glyphosat das mit Abstand weltweit am meisten eingesetzte Pestizid ist, findet man sehr große Mengen davon in der Natur. Obwohl es ein Unkrautvernichtungsmittel ist,

findet man es auch in Lebensmitteln. Es hat auch mit Gentechnik zu tun: Die Gentechnik ermöglicht es, Glyphosat direkt auf Pflanzen zu spritzen, die resistent gemacht worden sind. Das betrifft vor allem importierte Soja. Mehr als 99 Prozent der Deutschen haben in einer Untersuchung aus 2016 Glyphosat nachweisbar im Harn – und zwar in nennenswerten Spuren. Ich nehme an, dass das für alle Europäer gilt. Dazu kommt, dass es krebserregend ist, dass es ziemlich sicher DNA schädigend ist. Und es ist vermutlich reproduktionstoxisch – also fruchtschädigend. Es gibt auch sehr viele Indizien dafür, dass es hormonschädigend ist.

Warum gibt es dann keine eindeutigen, unabhängigen Studien, die beweisen, dass Glyphosat beim Menschen Krebs auslöst?

Der letztgültige Beweis, dass ein bestimmter Stoff beim Menschen Krebs verursacht, ist sehr schwer zu führen. Das gilt für alle krebserregenden Einflüsse. Deshalb verlangen die Gesetze in der EU für Pestizide nicht den Beweis für die krebserregende Wirkung beim Menschen. Es genügen Beweise aus dem Tierexperiment für ein Verbot. Und diese Beweise fand die WHO-Krebsforschungsagentur in den Tierstudien von Monsanto & Co in ausreichendem Maß.

Warum ist denn der Beweis beim Menschen so schwierig?

Das liegt in der Natur der Sache, da es natürlich keine Versuche am Menschen geben kann und darf. Alles, was man tun kann, ist, über epidemiologische Studien, bestimmte Gruppen zu finden, die unterschiedlich stark der betreffenden Chemikalie ausgesetzt sind. Da Menschen aber immer verschiedenen krebserregenden Einflüssen gleichzeitig ausgesetzt sind, hat es zum Beispiel beim Tabakrauch lange, lange mit dem Nachweis gedauert. Zudem hat die Tabakindustrie Studien produziert, die das Ziel hatten, Zweifel zu säen. Ähnliches passiert bei Glyphosat. Nur hat es hier den Anschein, als wäre selbst die Behörde wenig interessiert, die Hinweise auf eine krebserregende Wirkung, die sich in den epidemiologischen Studien zeigen, ernst zu nehmen. Denn fast alle epidemiologischen Studien, die bisher durchgeführt wurden, fanden, dass Anwender von glyphosathaltigen Pestiziden häufiger an Lymphdrüsenkrebs erkranken als Vergleichspersonen.

Laut AGES (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, Anm.) ist Glyphosat – wenn es richtig eingesetzt wird – gesundheitlich „weitgehend unbedenklich“. Was entgegnen Sie dem Vorwurf, Sie würden einfach nur Panikmache betreiben?

Das ist ein Vorwurf, der ins Leere geht, der allerdings reflexartig von der Industrie, aber auch von den Behörden immer wieder aufgegriffen wird. Dieses Argument lenkt von der Tatsache ab, dass das EU-Gesetz für die Zulassung eines Pestizids, das beim Tier Krebs erzeugt, de facto keinen Spielraum lässt. Die Aussage der AGES, dass Glyphosat „bei bestimmungsgemäßer Anwendung“ wahrscheinlich nicht krebserregend sei, ist in hohem Maße irreführend: Zum einen lenkt sie vom gesetzlichen Auftrag der Zulassungsbehörde ab. Zum anderen ist sie mit den Ergebnissen der epidemiologischen Studien nicht vereinbar.

Das zweite Gegenargument, das gerne gebracht wird, ist, dass die Dosierung von Glyphosat in Nahrungsmitteln so gering ist, dass es ohnehin völlig ungefährlich ist.

BfR-Präsident Hensel hat gesagt, man müsste schon tausend Liter Bier pro Tag trinken um eine schädliche Menge an Glyphosat aufzunehmen. Doch hat er das einfach von einem zulässigen täglichen Aufnahmewert berechnet, der davon ausgeht, dass Glyphosat weder DNA-schädigend noch krebserregend sei. Tatsächlich hat aber die WHO-Krebsforschungsagentur das Gegenteil festgestellt. Und Stoffe, die DNA-schädigend sind, stellen auch bei geringster Dosis ein Risiko dar, welches natürlich mit der steigender Dosis zunimmt. Selbst, wenn es nur eine Neuerkrankung bei einer Million Menschen gäbe, hätten wir 500 Neuerkrankungen in der EU aufgrund einer Pestizidzulassung. Viele dieser Erkrankungen enden tödlich. Würde ein Scharfschütze jedes Jahr 500 EU-Bürger gezielt töten oder verletzen, würde man einiges in Bewegung setzen. Und ich glaube, dass die Zahl bei Glyphosat weitaus größer ist.

Gibt es eine Möglichkeit für den Konsumenten, Glyphosatbelastung zu vermeiden oder zu minimieren?

Das ist bei Glyphosat schwer. Man kann – anders als bei anderen Pestiziden – nicht wirklich sagen, dass keine Spuren in Bio-Produkten gefunden werden. Wenn es anderswo hektarweise

gespritzt wird, dann ist das in der Luft und wird weitergetragen. Dann kriegen wir es wahrscheinlich auch so in den Körper. Insofern ist es hier nicht so leicht, sich zu schützen. Aber generell schützt man sich vor Pestiziden schon, in dem man Bio-Lebensmittel bevorzugt.

Glyphosat wird in den verschiedensten Bereichen eingesetzt – von der Landwirtschaft bis zur Unkrautentfernung bei Eisenbahngleisen. Könnte man es überhaupt ersetzen?

So leicht nicht. Darauf verzichten kann man aber natürlich. Viele Landwirte sagen, sie haben kein Problem damit, darauf zu verzichten, wenn es auch die anderen tun. Es gibt auch einige in Österreich, die im Weinbau und Obstbau darauf verzichten haben. Im Bioanbau kommt man ohne Glyphosat aus und hat Methoden gefunden. Im konventionellen Anbau würden die Produktionskosten laut einer Studie im Auftrag des deutschen Landwirtschaftsministeriums nur in einzelnen Bereichen steigen, für die Mehrzahl der Erzeugnisse jedoch nicht. Horrorszenarien sind jedenfalls nicht zu erwarten.

Noch ist nicht entschieden, wie es mit der Zulassung in der EU weitergeht. Vieles deutet aber auf eine Verlängerung für mehrere Jahre hin. Was bedeutet das für Sie?

Ich hoffe immer noch, dass es zu keiner Zulassung kommen wird und damit Glyphosat in Europa Geschichte ist. Das hätte auch zur Folge, dass keine glyphosatbelasteten Futter- und Lebensmittel mehr importiert werden dürfen. Damit wäre in Europa ein Schutz da, und es wäre ein tolles Signal für die Menschen in Südamerika, weil dort eine Umstellung stattfinden würde. Es hätte einen positiven Dominoeffekt zur Folge.

Was passiert aber, wenn es doch zu einer neuerlichen Zulassung kommt?

Wenn die Zulassung für weitere zehn Jahre verlängert wird, hätte jedes Mitgliedsland die Möglichkeit, aufgrund des Vorsorgeprinzips auf seinem Hoheitsgebiet keine glyphosatbasierten Unkrautvernichtungsmittel zuzulassen. Das ist aber eine Lösung, die nicht optimal ist, weil tatsächlich dann die Landwirte in dem Mitgliedsland wirtschaftliche Nachteile gegenüber der Konkurrenz hätten. Das müsste man ihnen in irgendeiner Form – zum Beispiel durch Produktbewerbung – abgelten. Die Konsumenten wären aber nicht vor Glyphosat in importierten Produkten geschützt – nicht einmal bei solchen aus dem EU-Binnenmarkt. Das wäre wirklich nur die zweitbeste Lösung.

Wie würden Sie bei einer Neuzulassung reagieren?

Was man sich überlegen kann, sind weitere juristische Schritte. Die Geschichte ist mit Sicherheit nicht gegessen. Bereits im Dezember 2015 legte eine Gruppe von über 90 renommierten Wissenschaftlern in einem Brief an die EU-Kommission dar, weshalb die Bewertung der Krebsgefahr von Glyphosat durch die EU-Behörden irreführend, wissenschaftlich inakzeptabel, und fundamental fehlerhaft ist. Wenn die Behörde nun, zwei Jahre später, immer noch mit denselben fundamental fehlerhaften Argumenten die Krebsgefahr von Glyphosat unter den Tisch kehrt, dann ist das in meinen Augen wissenschaftlicher Betrug. Und das mit Todesfolge – auch wenn das dramatisch klingt: Bei einem Stoff, der wahrscheinlich krebserregend ist, werden Menschen wahrscheinlich auch Krebs bekommen, und das hat dann zur Folge, dass Menschen sterben. Wir werden sicher weitermachen.

Zur Person:

Helmut Burtscher ist Chefchemiker der Umweltorganisation Global 2000. Er befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema Glyphosat. In seinem Buch zeichnet er dessen Geschichte bis in die 1970er Jahre nach und präsentiert zahlreiche Dokumente und Erkenntnisse, die massive Fragen in Bezug auf den Zulassungsprozess aufwerfen.